Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, ... & Comp., Nr. 1268. — **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.60 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonelzeile 2.00 M. Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefablegung 40 Pf.

Nr. 107 | Dresden, Dienstag den 10. Mai 1921 | 32. Jahrg.

Die Sozialdemokratie vor die Front

(Eigene Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Im Reichstag herrschte gestern nacht bis ... Uhr reges Leben. Die Abstimmung bei der Deutschen Volkspartei ergab die Ablehnung des Ultimatums. Eine Probeabstimmung bei den Demokraten ergab die Annahme mit 18 gegen 15 Stimmen. Nachdem sich also im Laufe der Abendstunden ergeben hatte, daß mit der Möglichkeit der Annahme des Ultimatums zu rechnen ist, hat Reichspräsident Ebert noch einmal mit den Sozialdemokraten über die Regierungsbildung Fühlung genommen, und diese haben nach kurzer Beratung den jetzigen Reichstagspräsidenten Löbe als Kandidat für den Reichskanzlerposten präsentiert, der sich auch bereit erklärte, für den Fall der Unterzeichnung des Ultimatums die Regierungsbildung zu übernehmen.

Da das Zentrum in seiner gestrigen Fraktionssitzung sich bereits für die Annahme erklärt hat, kann man mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Unterschrift des Ultimatums durch ein Kabinett der alten Weimarer Koalition rechnen. Heute vormittag werden die Beratungen im Reichstag fortgesetzt. Auf nachmittags 4 Uhr ist die Plenarsitzung angesetzt, die die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung bringen wird. Man kann aber immerhin noch mit Ueberraschungen rechnen.

•

Annehmen!

Nach den aus Berlin vorliegenden Nachrichten scheint innerhalb der Parteien die Stimmung für die Annahme des Ultimatums zu wachsen. Wir haben schon wiederholt dargelegt, wie ungeheuer schwer die Frage ist, die heute unsre Führer beantworten müssen. Aber wir meinen, daß es im Interesse des deutschen Volkes liegt, daß das Ultimatum angenommen wird. Die gegenwärtige Lage hat eine gewisse Aehnlichkeit mit der Situation vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu Versailles. Auch damals wurde innerhalb der Parteien aufs heftigste gerungen, bis sich erst im letzten Augenblick eine Mehrheit für die Annahme des Friedensvertrages fand. Die Erfahrungen in der Zeit seit dem Friedensvertrag von Versailles haben denjenigen Recht gegeben, die damals für die Unterzeichnung eingetreten sind. Das deutsche Volk hat zwar in den letzten zwei Jahren Schweres ertragen müssen und viel Unbill erlitten, aber was wäre aus Deutschland geworden, wenn die Annahme des Friedensvertrages nicht erfolgt wäre? Große Teile Deutschlands wären vermutlich durch feindliche Heere besetzt worden. Möglicherweise wäre Deutschland zerfallen. Eine neue Auflage der Blockade hätte Tausenden unserer Volksgenossen Gesundheit und Leben gekostet. Durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist es gelungen, nicht nur Deutschland zu erhalten, durch eine Verbesserung der Ernährung haben wir unsre Arbeiterschaft wieder arbeitsfähiger machen können, und so groß auch unsre wirtschaftlichen Nöte noch sind, eine Kräftigung unsres Wirtschaftslebens ist doch erreicht worden.

Bei einer Nichtannahme des Ultimatums, dessen Bedingungen von unsern Gegnern, so merkwürdig uns das vorkommen mag, vielfach als sehr gemäßigt angesehen werden, müssen wir mit den schärfsten Maßregeln der Entente rechnen. Die Besetzung des Ruhrreviers würde wahrscheinlich nur der erste Schritt sein, weitere Maßregeln würden folgen. Nicht nur, daß unsre Ausfuhr nach allen Ententeländern völlig unterbunden würde, auch eine neue Auflage der Blockade ist durchaus nicht ausgeschlossen.

Man hat in letzter Zeit sehr viel vom passiven Widerstand gesprochen. Aber wir glauben nicht, daß das deutsche Volk in der Lage wäre, wirklich einen solchen Widerstand zu leisten. Die Maßnahmen der Entente können unter Umständen zur Folge haben, daß Tausende von Kindern in Elend und Hunger dahinsterben. Das hält ein Volk, das so viel durchgemacht hat, wie das deutsche, nicht mehr aus. Außerdem lehrt ein Blick auf die leichtfertige Gedankenlosigkeit eines leider nur allzugroßen Teiles unsrer Volksgenossen, daß weite Kreise unsres Volkes heute nicht mehr in der geistigen Verfassung sind, um für ihr Land Opfer zu bringen. Wenn es möglich ist, daß ein Berliner Restaurateur zwei Waggons Likör für 210 Mark die Flasche aus dem Ausland bezieht, und wenn man den „sogenannten besten Gesellschaftskreisen" angehörende Kundschaft diesen Likör trinkt, so soll man uns nicht allzuviel von Opferbereitschaft reden. Gerade diejenigen Kreise, die uns bei jeder Gelegenheit ihren Patriotismus anpreisen, versagen zu allererst, wenn es wirklich gilt, Opfer zu bringen.

Lassen wir es darauf ankommen, daß die Entente Gewaltmaßnahmen ergreift, um die Annahme des Ultimatums zu erzwingen, so müssen wir fürchten, daß wir schon in drei oder vier Wochen weit schwerere Bedingungen annehmen müssen. Richtig ist es freilich, daß wir heute noch nicht wissen, ob wir die Bedingungen des Ultimatums werden erfüllen können, und daß uns dann, wenn wir in Verzug kommen, doch die Gewaltmaßnahmen drohen, die wir jetzt durch die Unterzeichnung des Ultimatums vermeiden.

Wiederholt ist hier schon darauf hingewiesen worden, worin die Schwierigkeiten der Wiedergutmachung liegen. Die Zahlungen, die wir an die Entente zu leisten haben, würden sich jährlich einschließlich der Ausfuhrabgaben auf drei bis vier Milliarden Goldmark belaufen. Aufzubringen ist unsres Erachtens bei halbwegs vernünftiger Wirtschaft dieser Betrag, wenn auch unter sehr schweren Opfern. Hat man doch das Einkommen des deutschen Volkes vor dem Kriege auf ungefähr 40 Milliarden Goldmark berechnet. Zwar ist unser Volkseinkommen jetzt sehr viel geringer als vor dem Kriege. Doch besteht die Möglichkeit, durch eine vernünftige Organisation unsrer Wirtschaft den Ertrag der Arbeit des deutschen Volkes gewaltig zu steigern. Aber damit allein, daß wir die Werte schaffen, die wir zur Bezahlung unsrer Wiedergutmachungsverpflichtungen brauchen, ist freilich, worauf wir schon wiederholt hingewiesen haben, das Wiedergutmachungsproblem noch nicht gelöst. Es muß uns auch möglich sein, diese Werte nach dem Ausland zu übertragen, und dazu brauchen wir einen gewaltigen Ausfuhrüberschuß. In ganz erheblichen Mengen muß das neutrale oder feindliche Ausland unsre Waren aufnehmen, und der größte Fleiß nützt dem deutschen Volke nichts, wenn es die erzeugten Güter nicht im Auslande absetzen kann.

Wenn wir trotzdem für die Annahme der gegnerischen Bedingungen eintreten, so vor allem auch deshalb, weil die Gegner durch die 26prozentige Ausfuhrabgabe sehr stark an der Größe unsrer Ausfuhr interessiert sind. Sie werden deshalb gezwungen sein, sich sehr ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen, wie Deutschland eine genügend große Ausfuhr ermöglicht werden kann. Man wird sich endlich einmal mit Vertretern Deutschlands an einen Tisch setzen müssen, um über die Art der deutschen Leistungen zu reden. Und dann wird man einsehen, daß eine Lösung des Reparationsproblems nur möglich ist, wenn man Deutschland ganz bestimmte wirtschaftliche Aufgaben stellt, und daß nichts damit erreicht ist, wenn Deutschland immerfort nur Milliardenrechnungen präsentiert werden. Die Frankf. Ztg. weist darauf hin, daß alle diejenigen, die sich in England bisher für eine Verständigung bemüht haben, uns den dringenden Rat geben, das Ultimatum anzunehmen. So Asquith für die Unabhängigen Liberalen, Lord Robert Cecil, Maynard Keynes, der mutige Vorkämpfer einer radikalen Revision des Friedensvertrages, und die Daily News, die stets bestrebt gewesen ist, in dem Reparationsstreit der Wahrheit und der Vernunft zu dienen, ebenso Clynes im Namen der Arbeiterpartei.

Schließlich müssen wir ja auch mit in Rechnung ziehen, daß wahrscheinlich die Zeit für uns arbeiten wird. Es fehlt ja auch in den Ententeländern nicht an Kreisen, die die Unsinnigkeit des Versailler Friedens erkannt haben. Und gerade wenn sich die Bedingungen des Ultimatums als unerfüllbar erweisen werden, können wir hoffen, daß die Einsicht in den Ententeländern wachsen und die Stimmung für eine vernünftige Revision des Friedensvertrags größer wird.

Freilich darf in Deutschland, wenn wir das Ultimatum angenommen haben, nicht so weiter gewirtschaftet werden wie bisher. Einmal müssen wir wirklich alles tun, was wir können, um die Bedingungen zu erfüllen. Wir müssen alles vermeiden, was im Ausland den Eindruck erwecken könnte, daß uns der notwendige gute Wille fehlt. Solche Dinge wie die bayerischen Einwohnerwehrspielereien dürfen wir uns nicht mehr leisten. Außerdem müssen wir vor allen Dingen eine planmäßige Wirtschaftspolitik treiben. Wenn nicht der deutsche Arbeiter auf Jahrzehnte hinaus gezwungen sein soll, sich mit einem sehr viel geringeren Lohn zu begnügen, als seine Arbeitsbrüder im Ausland, müssen wir dafür sorgen, daß wir technisch so vollkommen arbeiten, als nur irgend möglich ist. Ungeheuer schwer wird unter allen Umständen die Lage des deutschen Volkes noch jahre- und jahrzehntelang bleiben. Aber wenn endlich einmal eine wirklich planmäßige Wirtschaftspolitik getrieben wird und wenn das deutsche Volk seine Kräfte aufs äußerste anspannt, so können wir hoffen, daß wir unserm Volke das Schwerste ersparen.

•

Ultimatum und Sozialdemokratie

Einer Zuschrift aus Berlin entnehmen wir folgendes:

Wird das Ultimatum abgelehnt, so wird nicht nur das Ruhrrevier besetzt, was politisch die Reichszerreißung, wirtschaftlich eine rapide Preissteigerung und Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat, sondern dann sind auch England, Italien und Belgien vertragsmäßig verpflichtet, die französische Gewaltpolitik so lange zu unterstützen, bis sich Deutschland zu den Forderungen des Ultimatums bekannt hat. Auch die vollständige Ablösung Oberschlesiens vom Reich wird dann kaum zu verhindern sein. Von den Zahlungspflichten, die ihm das Ultimatum auferlegt, kommt Deutschland aber damit nicht los, es erspart sich gar nichts, sondern es vermehrt nur sein Unglück.

Nimmt Deutschland dagegen die Zahlungen auf, dann besteht die Hoffnung, daß es so lange „durchhalten" kann, bis eine verbesserte Weltlage die Möglichkeit eröffnet, die Bedingungen des Vertrages von Versailles einverständlich im beiderseitigen Interesse zu revidieren. Daß — die Entwaffnung Bayerns vorausgesetzt — Deutschland sich finanziell „keine drei Monate" behaupten könnte, die Ruhrbesetzung also dann doch erdulden müßte, kann nur behaupten, wer die Tatsachen nicht kennt. Deutschland hat in seinem Vorschlag an Harding eine Milliarde Goldmark „alsbald" angeboten. Das Ultimatum fordert die Bezahlung dieser Milliarde bis zum 1. September, womit — von der neu zu erhebenden Ausfuhrabgabe abgesehen — die Zahlungen Deutschlands bis zum 15. Januar nächsten Jahres gedeckt sind. Am 15. Januar wird dann die nächste halbe Milliarde fällig sein.

Die Absicht, zunächst die Zahlungen aufzunehmen und nicht früher mit der Forderung einer neuen [illegible] ..., als bis die Undurchführbarkeit des alten offenbar geworden ist, läßt sich also verwirklichen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die leitenden Kreise der Wirtschaft politisch einsichtsvoll genug sind, sie zu unterstützen. Sonst muß auch dieser letzte Rettungsversuch scheitern.

Der Erfolg einer Politik, die allein noch Hilfe bringen kann, hängt unter diesen Umständen in so hohem Maße von dem guten Willen bürgerlicher Kreise ab, daß die Verantwortung naturgemäß in erster Linie auf die bürgerlichen Parteien fällt. Damit ist nicht gesagt, daß die Sozialdemokratie lieber diese Politik scheitern läßt, als daß sie sich an ihr aktiv beteiligte, daß sie lieber eine Ablehnungsregierung zustande kommen und das Ruhrrevier besetzen ließe, als sie mit in die Regierung einträte.

Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, sich zur Verantwortung zu drängen, und wenn sie die Hauptlast übernehme, würde nur ein falsches Bild entstehen, denn gegen den Willen einer großen Mehrheit des Bürgertums kann sie eben unter den heutigen Umständen das Notwendige nicht durchsetzen. Darum drängt sie sich nicht zur Verantwortung, aber sie darf sich auch nicht vor ihr drücken. Gewiß droht der Partei Schaden, wenn sie wieder mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, in die Regierung eintreten sollte, gibt es aber kein andres Mittel, den viel größeren Schaden zu verhindern, den das Volk aus einer kopflosen Ablehnungspolitik erleiden würde, dann darf die Sozialdemokratie auch vor einer Anwendung nicht zurückschrecken. Sie muß sich dann darauf verlassen, daß ihre Anhänger politisch genug geschult sind, die schwerwiegenden Gründe ihrer Handlungsweise zu verstehen und diese selbst zu billigen.

• • •

Der Sieg der Vernunft

In der Vossischen Zeitung schreibt der bekannte Großindustrielle Robert Friedländer:

Endlich!

Nach zweijähriger Verschwendung von Druckerschwärze, Zeit, Nervenkraft, Weltvermögen — nach einem Schneegestöber von Dokumenten des Hasses, der Verblendung, der Torheit, der Unwahrhaftigkeit, der eingebungslosen Stumpfheit, der machtlosen Störrigkeit, der Heuchelei — endlich ein Dokument der Vernunft: das Reparations-Ultimatum.

Dieses Dokument ist nicht von Generalen gemacht, ist nicht von Politikern gemacht, sondern von kühlen, nüchternen, vorteilwahrenden, aber die Voraussetzungen dieses Vorteils scharf bedenkenden Kaufleuten gemacht.

Das Reparations-Ultimatum ist hart. Sehr hart. Geht bis an die Grenze der zukünftigen und erwarteten Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Geht sicherlich über die Grenze seiner gegenwärtigen Leistungsfähigkeit. Aber es ist nicht unvernünftig.

Das Reparations-Ultimatum ist annehmbar, weil es erfüllbar ist.

Erfüllbar natürlich nur unter gewissen Voraussetzungen, die sich von selbst verstehen und darum niemals in einen Vertrag eingesetzt zu werden brauchen.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß die Arbeitskraft, die Erfindsamkeit, der Unternehmermut der Deutschen wieder auf mindestens jene Höhe kommt, die sie vor dem Kriege innehatten.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß nicht weitere wesentliche Stücke von Deutschland abgetrennt werden oder eine dauernde Grenzbeunruhigung stattfindet.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß nicht der Ruhr-Einmarsch wie ein Damoklesschwert über uns hängt und jede angebliche oder wirkliche Verletzung der uns aufgezwungenen Verträge Strafexpeditionen hervorruft, wie sie in weiter zurückliegenden Zeiten gegen Rothäute oder Kaffern üblich waren.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß Deutschland im Wirtschaftsweltverkehr nicht gehemmt wird, sondern Unterstützung findet, da allein die Exportspanne, das ist der Ueberschuß des Exports über den Import, als Zahlungsmittel dienen kann.

Diese und andre Voraussetzungen sind stillschweigend in dem Reparations-Ultimatum enthalten. Dies ist kein starres Schema, kein Wechselblankett, bei dem der Gerichtsexekutor binnen drei Tagen nach Verfalltag vor der Tür steht, sondern elastisch, biegsam, anpassungsfähig.

Der Geist dieses Reparations-Ultimatums ist: Deutschland soll durch 42 Jahre zahlen, was es zahlen kann. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dazu sind wir verpflichtet. Denn wir haben einen ungeheuerlichen Krieg ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210510/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG